



ENDOMETRIOSE - VEREINIGUNG
DEUTSCHLAND E. V.

ENDOMETRIOSE – SCHMERZEN IN DER REGEL SIND NICHT NORMAL!

POLITISCHE HANDLUNGSBEDARFE IN BAYERN FÜR DIE 19. LEGISLATURPERIODE

Endometriose ist die **zweithäufigste** gynäkologische Erkrankung in Deutschlandⁱ. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet **eine von zehn Frauen** an Endometriose. Mit bundesweit ca. **2 Millionen Erkrankten** und jährlich etwa **40.000 Neudiagnosen** ist Endometriose damit in der Gruppe der Betroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II Diabetesⁱⁱ. Allein in Bayern sind daher statistisch **über 310.000** Personen an Endometriose erkrankt.

Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog. Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometriose-Herde auch außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf. Diese Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in den betroffenen Körperregionen verursachen.

Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen **extrem starke zyklusabhängige Unterleibschmerzen**, die es den Betroffenen teils unmöglich machen, einer produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen, wie beispielsweise **starken zyklusunabhängigen Schmerzen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr** oder **Blutungen aus Blase und Darm**, leiden Betroffene vermehrt unter **ungewollter Kinderlosigkeit**.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist die **Ursache dieser Erkrankung noch ungeklärt**, sodass sich mögliche Therapien ausschließlich auf die Behandlung der Symptome konzentrieren.

Trotz der weiten Verbreitung der Krankheit, den Konsequenzen der Erkrankung auf die Lebensqualität der Betroffenen, unverhältnismäßig langen Diagnosezeiträumen von sechs bis zehn Jahrenⁱⁱⁱ und ungeklärter Krankheitsursache wurde das Thema „Endometriose“ erst 2022 das erste Mal im Bundestag und in einzelnen Landtagen diskutiert. Diese Vernachlässigung spiegelt sich u.a. in der Forschungsförderung wieder: Nach Aussagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung^{iv} wurden **von 2000-2021 insgesamt nur 500.000 € an Forschungsgeldern vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in die Endometriose-Forschung investiert**. Die beschlossene Förderrichtlinie des Bundes ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Vor diesem Hintergrund liegt es auch in der Verantwortung der Bundesländer, Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer Verbesserung der Versorgungssituation von Betroffenen führen. Zum einen müssen **Forschungsvorhaben** nicht nur durch den Bund, sondern auch durch die Länder gefördert werden. Zum anderen ist eine umfassende **schulische Aufklärung über das tabuisierte Thema Menstruationsbeschwerden** im Sexualkundeunterricht notwendig, um eine frühzeitige Sensibilisierung für das Thema Endometriose und andere (gutartige) gynäkologische Erkrankungen zu schaffen. Vor allem die Bundesländer haben durch ihre Kompetenzen im Bereich Bildung die Möglichkeit und auch die Verantwortung, auf allen Stufen des Bildungssystems – vom Sexualkundeunterricht an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien bis zur Ausbildung von Medizinstudierenden – das Thema Menstruationsbeschwerden zu thematisieren und zu entstigmatisieren.



In diesem Papier möchten wir Ihnen für die Landtagswahl 2023 **zehn konkrete Vorschläge** unterbreiten, wie Bayern die Versorgungssituation von Endometriose-Betroffenen und den Bereich Frauengesundheit als Ganzes langfristig und nachhaltig unterstützen kann. Die erfolgreiche Umsetzung einer nationalen Endometriose-Strategie in Australien und die Ankündigung einer nationalen Endometriose-Strategie in Frankreich durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 11. Januar 2022 sollen als Vorbild dienen, um auch die Grundlagen für eine **“Bayerische Endometriose-Strategie”** zu schaffen. Die **“Bayerische Demenzstrategie”** hat bereits gezeigt, wie wichtig und wirksam die Zusammenarbeit von Betroffenenverbänden, Politik und Mediziner*innen ist, um die Versorgung regional und im Bundesland zu verbessern.

Gemeinsam haben wir nun in den kommenden fünf Jahren die Chance, die Weichen für einen offenen und pragmatischen Umgang mit Endometriose zu schaffen. Wir hoffen, dass wir mit unseren Vorschlägen einen Dialog zum Thema Endometriose eröffnen und gemeinsam im Gespräch mit Verwaltung, Politik und dem Gesundheitssektor Rahmenbedingungen schaffen können, die langfristig zu einer nachhaltigen, aufgeklärten und angemessenen Versorgung von Betroffenen führen.

Leipzig, August 2023

Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V.¹ vertreten durch den Vorstand

Sarah Kube
Vorstands-
vorsitzende

Maria Bambeck
stellv. Vorstands-vor-
sitzende

Michelle Röhrig
Vorstand Finanzen

Nicole Kabala
Vorstand Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065305
Fax: 0341 3065303
E-Mail: info@endometriose-vereinigung.de
www.endometriose-vereinigung.de



¹ Die Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V., gegründet 1996, ist eine bundesweite Selbsthilfeorganisation von und für Endometriose-Betroffene. Unserer Vereinigung gehören über 3.000 Mitglieder an. Unsere Kernaufgaben sind die Aufklärung und Information über Endometriose, die Beratung von Endometriose-Betroffenen sowie die Stärkung der Position von Patient*innen in Politik und Gesellschaft.



ZEHN KONKRETE VORSCHLÄGE FÜR DIE VERBESSERUNG DER SITUATION VON ENDOMETRIOSEBETROFFENEN IN BAYERN

- (1) Aufklärung über Menstruationsbeschwerden und Endometriose als Teil der Agenda des Kultusministeriums
- (2) Durchführung einer flächendeckenden Aufklärungskampagne zu Menstruationsbeschwerden und Endometriose
- (3) Gesundheitsämter zu Beratungsstellen für Endometriose in Bayern ausbauen
- (4) Inhalte zu Endometriose als Teil der Webseite zum Thema Frauengesundheit in Bayern
- (5) Einführung eines landesweiten Endometriose-Registers
- (6) Das Land Bayern als Arbeitgeber für Endometriose-Betroffene sensibilisieren
- (7) Förderung der Endometriose-Forschung in Bayern
- (8) Jährliche Landesgesundheitskonferenz: Frauengesundheit in Bayern
- (9) Bundesratsinitiative: Anregung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe Endometriose
- (10) Endometriose auf die Agenda der Gesundheitsministerkonferenz bringen

(1) Aufklärung über Menstruationsbeschwerden und Endometriose als Teil der Agenda des Kultusministeriums

Vor allem bei der Aufklärung über Menstruationsbeschwerden spielen die Schulen und Sexualkundelehrpläne eine zentrale Rolle. Junge Menschen werden hier, unabhängig von den Erfahrungen ihrer Eltern, für das Thema Menstruation sensibilisiert. Umso wichtiger ist es, dass neben den biologischen Prozessen wie dem Ablauf des Menstruationszyklus ein angemessener Umgang mit den Themen Menstruationsbeschwerden und Menstruationsschmerzen stattfindet. Eine zentrale Botschaft muss sein: Schmerzen während der Menstruation sind nicht normal und müssen durch zuständige Fachärzt*innen begutachtet und ernst genommen werden. Die Aufklärung außerhalb des familiären Umfeldes ist hier von höchster Bedeutung, da Menstruationsbeschwerden in privaten wie öffentlichen Räumen nach wie vor häufig tabuisiert und bagatellisiert werden.

*Daher empfehlen wir, dass die **Lehrpläne und Richtlinien zur Sexualkunde** der Bundesländer dahingehend überarbeitet werden, dass ein expliziter **Schwerpunkt auf den Umgang mit Menstruationsbeschwerden** und gynäkologische Erkrankungen, wie Endometriose, gelegt wird.*

(2) Durchführung einer flächendeckenden Aufklärungskampagne zu Menstruationsbeschwerden und Endometriose

Neben der Aufklärung von Jugendlichen im Schulunterricht, ist auch die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit sowie medizinischer Fachkräfte von höchster Bedeutung bei der Entstigmatisierung von gynäkologischen Erkrankungen. Eine zentrale Herausforderung für Endometriose-Betroffene ist, dass sie in den meisten Fällen weder von ihrem sozialen Umfeld noch von ausgebildeten Fachärzt*innen ernst genommen werden und somit nicht die notwendige medizinische und emotionale Unterstützung erfahren. Menstruationsbeschwerden werden zu häufig als „normal“ angesehen und als Lappalie abgetan. Diese Verharmlosung von Schmerzen ist es auch, die zu langen Diagnosezeiträumen, Verzögerungen bei der Behandlung von Patient*innen sowie erschwertem Zugang zu Unterstützungsangeboten, beispielsweise einem Schwerbehindertenausweis, führt. Dieses massive Defizit in der öffentlichen und fachlichen Wahrnehmung von Menstruationsbeschwerden und Endometriose muss parallel zur schulischen Aufklärung angegangen werden, um Betroffenen die bestmögliche medizinische Versorgung zu garantieren.



*Daher empfehlen wir die Durchführung einer **langfristigen und flächendeckenden Aufklärungskampagne** in den Bundesländern zu Menstruationsschmerzen und Endometriose. Die Durchführung der Kampagne sollte langfristig angesetzt werden und sich auf die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit konzentrieren. Neben klassischen Elementen wie Plakaten sollen zudem vermehrt digitale Angebote in Form von Social-Media genutzt werden.*

(3) Gesundheitsämter zu Beratungsstellen für Endometriose in Bayern ausbauen

Endometriose ist ein komplexes Krankheitsbild, das sowohl bei der Diagnose als auch bei der Therapie und der Begleitung der Betroffenen in ihrem Berufsalltag einen koordinierten Austausch benötigt. Eine Möglichkeit, um diesen Austausch zu fördern und Betroffenen einen transparenten Überblick über die Therapiemöglichkeiten im Bundesland zu geben, ist die Einrichtung einer Landesfachstelle Endometriose in jedem Bundesland.

Vor allem bei chronischen Erkrankungen wie Endometriose ist eine zentrale Anlaufstelle, die Informationen zu Therapien, regionalen Fachärzt*innen und Selbsthilfegruppen vermittelt, eine enorme Hilfe. Beratungsangebote für Betroffene, Aufklärungsmaßnahmen im Schulunterricht und für die Gesamtbevölkerung sowie Hilfestellungen für Arbeitgeber*innen müssen gezielt erarbeitet, organisiert und verbreitet werden. Derzeit werden diese Angebote ausschließlich von der Endometriose-Vereinigung Deutschland erarbeitet und umgesetzt. Perspektivisch ist klar, dass die Länder und der Bund sich diesen Aufgaben annehmen und die bereits etablierten Strukturen wie die Endometriose-Vereinigung Deutschland und ihre Selbsthilfegruppen nutzen müssen, um das bestmögliche Beratungsangebot für alle zwei Millionen Betroffenen zu gewährleisten.

Neben der Einrichtung von eigenen spezifischen Landesfachstellen sollten hier vor allem die unteren Gesundheitsbehörden eine zentrale Rolle einnehmen: Im Hinblick auf die Schwere und die Häufigkeit des Krankheitsbildes, den Einfluss auf die reproduktive Freiheit der Betroffenen sowie die chronische Natur der Erkrankung sollten die Gesundheitsämter gemäß §7 Art. 2 Abs. 2 des Gesundheitsdienstgesetzes (GDG) besondere Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige bereitstellen. Damit wird ein zusätzliches und niederschwelliges Angebot geschaffen, um Betroffene mit verlässlichen und relevanten Informationen zu versorgen.

*Daher empfehlen wir die **Einrichtung einer Landesfachstelle Endometriose** in Bayern, die sowohl Betroffene als auch Angehörige durch Beratungsangebote unterstützt, landesweite Aufklärung an Schulen vorantreibt und die Netzwerke zwischen den verschiedenen Akteur*innen im Gesundheitswesen in Bayern aufbaut und pflegt. Zusätzlich sollen die Gesundheitsämter des Freistaates gemäß § 7 Art. 2 Abs. 2 Beratungsangebote für Endometriose-Betroffene und Angehörige anbieten.*

(4) Inhalte zu Endometriose als Teil der Webseite zum Thema Frauengesundheit in Bayern

Neutrale und unabhängige Informationen sowie evidenzbasiertes Wissen zu Frauengesundheit sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer besseren Versorgung. Die Gesundheitsversorgung und das soziale Unterstützungsangebot sind regional angelegt, teils sehr komplex und unübersichtlich. Welche Selbsthilfegruppen gibt es für Brustkrebs-Patient*innen und Endometriose-Patient*innen? Wo und wie kann ich meinen Grad der Behinderung beantragen? Und wo finde ich die medizinischen Fachzentren in Bayern für Endometriose? Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege unterhält bereits eine informative und ergiebige Unterseite "Frauengesundheit".

Auch wenn die grundlegende Infrastruktur existiert, werden die Möglichkeiten nicht vollends ausgeschöpft. Aktuell gibt es z.B. kein übersichtliches Informationsangebot für Endometriose-Betroffene von



der Landesregierung, das Patient*innen über ihre Möglichkeiten und Fachärzt*innen in Bayern aufklärt. Es gibt keine Informationen zu Endometriose, und obwohl die Webseite die Gliederung in Frauengesundheit im Jugend-, Erwachsenen- und Senior*innenalter vornimmt, wird an keiner Stelle auf Menstruationsbeschwerden hingewiesen.

Auch im umfangreichen Angebot an Broschüren und Publikationen des Ministeriums fehlt derzeit eine Broschüre mit Informationen zu Menstruationsbeschwerden und Endometriose.

Im Sinne einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung ist es daher von höchster Bedeutung, dass das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege seine Möglichkeiten nutzt, sich dem Thema Menstruationsbeschwerden stärker annimmt und eine zentrale Informationsstelle für die Belange der Endometriose-Betroffenen in Bayern schafft, die zeitlich unbegrenzt besteht und regelmäßig aktualisiert wird.

*Daher empfehlen wir, dass **Inhalte zu Menstruationsbeschwerden und Endometriose Teil der Themenseite "Frauengesundheit" des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege werden.** Neben Informationsmaterial zu Menstruationsbeschwerden sollen Informationen zu verbreiteten Krankheitsbildern wie Endometriose und Adenomyose bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollen Informationen zu Selbsthilfegruppen, medizinischen Spezialist*innen und Patientenvertretungen in Bayern verlinkt werden. Die Inhalte zu Menstruationsbeschwerden und Endometriose sollen zusätzlich durch das Staatsministerium in Form einer Informationsbroschüre zusammengefasst und sowohl analog als auch digital bereitgestellt werden. Das Staatsministerium soll sich darum bemühen, dass die Informationen der Webseite aktuell sind, die Webseite selbst als Informationsportal beworben wird und dass der Zugang zu der Webseite nicht mit dem Auslaufen einer Förderperiode verhindert wird.*

(5) Einführung eines landesweiten Endometriose-Registers

Komplexe Krankheitsbilder erfordern den Austausch zwischen verschiedensten Akteur*innen im Gesundheitswesen. Daher ist es wichtig, dass es Konzepte wie das Krebs-Register in Bayern gibt, um die Qualität der Versorgung von Krebs-Patient*innen zu überprüfen und stetig zu verbessern. Der enge Austausch zwischen den verschiedenen Akteur*innen wie den Kliniken, den Betroffenen und dem Rettungsdienst erlaubt einen detaillierten Einblick in den vielschichtigen und komplexen Versorgungsprozess. Auch wenn bösartige Tumorerkrankungen natürlich andere Versorgungsmaßnahmen nach sich ziehen als eine chronische Erkrankung wie Endometriose, würde ein solches Register Betroffenen, Forscher*innen und Verantwortungsträger*innen hilfreiche Optionen bieten, um die Versorgungssituation von Endometriose-Patient*innen besser zu verstehen, zu optimieren und um dringend notwendige Daten zur Versorgungslage zu erhalten.

Genau wie die Prävalenz und die Morbidität bei Tumorerkrankungen ausschlaggebende Punkte für die Einführung des Registers in anderen Bundesländern war, sollten die schockierend langen Diagnosezeiträume von **sechs bis zehn Jahren** und die **Unfruchtbarkeit von bis zu 50%** der Patient*innen die Einführung eines landesweiten Endometriose-Registers zur Folge haben.

*Daher fordern wir die **Einführung eines landesweiten Endometriose-Registers im Freistaat Bayern**, in dem die Versorgungssituation von Endometriose-Betroffenen überwacht wird und dessen Daten im Rahmen der regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung an den Bund kommuniziert werden.*

(6) Das Land Bayern als Arbeitgeber für Endometriose-Betroffene sensibilisieren

Endometriose schränkt nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen massiv ein, sondern birgt auch direkte Konsequenzen für das Erwerbsleben. Insbesondere der chronische Charakter der Erkrankung



und die fehlende Aufklärung führen im kollegialen Umfeld und im Austausch mit Vorgesetzten zu Konflikten, die Betroffene zusätzlich belasten.

Der öffentliche Dienst beschäftigt über zehn Prozent der Arbeitnehmer*innen in Deutschland^v und ist somit der größte Arbeitgeber Deutschlands. Auf die Bundesländer entfällt über die Hälfte dieser Arbeitnehmer*innen^{vi}. Somit haben die Bundesländer eine besondere Verantwortung für den Umgang mit Endometriose am Arbeitsplatz.

Ein möglicher Ansatz zur Aufklärung könnte sein, sich am „Endometriosis Friendly Employer Scheme“ Großbritanniens^{vii} zu orientieren, in dem sich Arbeitgeber*innen aus dem privaten und öffentlichen Sektor freiwillig dazu verpflichten, betroffene Arbeitnehmer*innen zu unterstützen. So setzen sich beispielsweise bereits die Polizei in Essex, das britische Verkehrsministerium, die Glasgow Caledonian University, Banken wie Santander und HSBC und viele weitere für mehr Aufklärung und Unterstützung für Betroffene ein^{viii}.

*Daher empfehlen wir die **Entwicklung und Umsetzung von Aufklärungsprogrammen** für Arbeitnehmer*innen des öffentlichen Dienstes in den Bundesländern zu Endometriose und Frauengesundheit. Die Entwicklung des Programms soll in Kooperation mit Betroffenenverbänden, Betriebsarzt*innen und Vertreter*innen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stattfinden. Das Programm soll mit Zielindikatoren ausgestattet werden und in regelmäßigen Abständen auf seine Wirksamkeit überprüft werden.*

(7) Förderung der Endometriose-Forschung in Bayern

Obwohl 10-15% aller Frauen im gebärfähigen Alter und damit bundesweit etwa 2 Millionen Menschen von Endometriose betroffen sind, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den letzten 20 Jahren nicht einmal 500.000 € in die Erforschung der Ursachen der Erkrankung investiert. Vor allem vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie ist jedoch deutlich geworden, welche Fortschritte in der modernen Medizin und Arzneimittelentwicklung möglich sind, wenn man Vorhaben auf eine solide finanzielle Basis stellt.

Bei Endometriose handelt es sich um eine chronische Volkskrankheit, wie Typ-II Diabetes, Rheuma oder Asthma. Die Erkrankung schmälert nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen erheblich, sondern hat in Form von Erwerbsminderungen, ungewollter Kinderlosigkeit und hohem Krankenstand häufig direkte volkswirtschaftliche Konsequenzen. Daher ist es im Interesse des Bundes und der Länder, die Erforschung der Ursachen und der Therapie- und Diagnose-Optionen massiv zu unterstützen. In Bayern bieten sich dafür die von der Stiftung Endometriose-Forschung zertifizierten klinischen und wissenschaftlichen Endometriosezentren in Würzburg, München, Erlangen oder Hausham als mögliche Kooperationspartner an^{ix}.

*Wir fordern daher, dass in Bayern in der kommenden Legislaturperiode explizit **Mittel bereitgestellt werden, um die Ursache, Diagnose, Therapie und sozialen Folgen von Endometriose im Rahmen klinischer Studien** zu untersuchen. Die internationale Kooperation und die Kooperation mit anderen Bundesländern soll explizit gefördert werden, um den wissenschaftlichen Austausch voranzutreiben und vom fortgeschrittenen Forschungsstand in anderen Ländern zu profitieren. Die Staatsregierung soll sich zudem bemühen, im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz die Endometriose-Forschung im Bund zu fördern.*



(8) Jährliche Landesgesundheitskonferenz: Frauengesundheit in Bayern

Der Fortschritt lebt von Diskurs und Austausch. Im Rahmen von Fachtagungen können sich Mediziner*innen über den aktuellen Stand der Forschung informieren und mit Politiker*innen und Verbänden ins Gespräch kommen. Ähnlich wie bei den bereits erfolgreich durchgeführten regionalen Gesundheitskonferenzen in Bayern im Rahmen des Modellprojektes "Regionale Gesundheitskonferenzen" braucht es in der Frauengesundheit einen intensiven und regelmäßigen Austausch. Der wissenschaftliche Austausch in dem Bereich Frauengesundheit muss verstetigt werden und nicht nur regional, sondern auch auf der Landesebene geführt werden.

*Daher fordern wir die Einsetzung einer **jährlichen Landesgesundheitskonferenz: Frauengesundheit**, die durch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege organisiert wird. Neben den regelmäßigen Bundeskonferenzen zur Frauengesundheit kann die jährliche Landesgesundheitskonferenz den Austausch ergänzen und einen stärkeren Fokus auf lokale Projekte und Entwicklungen in Bayern legen.*

(9) Bundesratsinitiative: Anregung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe Endometriose

Die Situation der Endometriose-Betroffenen ist im gesamten Bundesgebiet desolat. Darüber hinaus gibt es klare regionale Versorgungsunterschiede, wie z.B. beim Zugang zu spezialisierten Fachzentren. In Anbetracht der Tatsache, dass die Versorgungssituation in allen Bundesländern kritisch ist und weil die Die Situation der Endometriose-Betroffenen ist im gesamten Bundesgebiet desolat. Darüber hinaus gibt es klare regionale Versorgungsunterschiede, wie z.B. beim Zugang zu spezialisierten Fachzentren. In Anbetracht der Tatsache, dass die Versorgungssituation in allen Bundesländern kritisch ist und weil die Lösung der Probleme eine Mischung aus landes- und bundespolitischen Maßnahmen erfordert, sollten Bund und Länder gemeinsam die Lage erörtern.

*Daher empfehlen wir, dass die Staatsregierung Bayerns im Bundesrat eine Initiative zum **Aufbau einer Bund-Länder Arbeitsgruppe Endometriose** anregt. Die Arbeitsgruppe soll u.a. die regionalen Unterschiede in der Versorgung herausarbeiten, politische Handlungsbedarfe identifizieren und gemeinsam mit Betroffenenverbänden und medizinischen Fachverbänden Lösungen erörtern.*

(10) Endometriose auf die Agenda der Gesundheitsministerkonferenz bringen

Wie bei allen medizinischen Fragen, lassen sich auch die Missstände in der Versorgung von Endometriose-Betroffenen langfristig und nachhaltig nur durch eine Absprache aller Bundesländer lösen. Gesundheitsminister*innen können nicht behaupten, dass Diagnosezeiträume von sechs und zehn Jahren dem Anspruch an das Gesundheitssystem eines fortschrittlichen und wohlhabenden Landes wie Deutschland gerecht werden.

Viele Endometriose-Betroffene haben über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, das Gesundheitssystem mitfinanziert. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Betroffenen von den zuständigen Mediziner*innen und Versorgungsämtern Verständnis und Respekt einfordern und es ist unzumutbar, dass viele Betroffene teils Jahrzehnte die Kosten für Medikamente und Therapien selbst tragen müssen. Diese Missstände müssen nicht nur im Freistaat Bayern sondern bundesweit behoben werden und erfordern die Kooperation aller Gesundheitsminister*innen der Länder und im Bund.

*In Anbetracht der jahrelangen Vernachlässigung des Problems fordern wir daher: Die Landesregierung Bayern muss die **Versorgungsmissstände der Endometriose-Patient*innen zum Thema einer Gesundheitsministerkonferenz** machen und in Zusammenarbeit mit allen Gesundheitsminister*innen einen Beschluss über eine nachhaltige Verbesserung der Versorgungssituation der Betroffenen treffen.*



Verantwortlich für den Inhalt innerhalb der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V. und Ansprechpartner*innen:

Anja Moritz
Javed Lindner
Verena Fisch

Weitere Informationen zu den Handlungsbedarfen weiterer Bundesländer und auf Bundesebene finden Sie auf der Webseite der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V.:
www.endometriose-vereinigung.de.

Quellennachweise im verwendeten Papier

ⁱ Diedrich, K.; Holzgreve, W.; Jonat, W.; Schultze-Mosgau, A.; Schneider, K.-T. M.; Weiss, J. M. (Hg.) (2007): Gynäkologie und Geburtshilfe, 2. Auflage, Springer Verlag, Heidelberg.

ii Robert Koch-Institut (Hg.) (2020): Gesundheitliche Lage der Frauen in Deutschland. Berlin (Gesundheitsberichterstattung des Bundes gemeinsam getragen von RKI und DESTATIS).

iii Robert Koch-Institut (Hg.) (2020): Gesundheitliche Lage der Frauen in Deutschland. Berlin (Gesundheitsberichterstattung des Bundes gemeinsam getragen von RKI und DESTATIS).

iv FragDenStaat (2021): Aufstellung der Fördergelder für die Erforschung der Endometriose, Anfrage #214552 vom 8. März 2021. Online unter <https://fragdenstaat.de/anfrage/aufstellung-der-forderung-gelder-fur-erforschung-der-endometriose/>, zuletzt aufgerufen am 03.06.2021.

v Destatis: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/_inhalt.html, aufgerufen am 07.06.2023

vi Destatis: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=previous&levelindex=0&step=0&titel=Statistik+%28Tabellen%29&levelid=1686131401424&acceptscookies=false#abreadcrumb>, aufgerufen am 07.06.2023

vii Endometriosis UK (2022): Endometriosis Friendly Employer Scheme, What is the Endometriosis Friendly Employer Scheme?. Online unter <https://www.endometriosis-uk.org/endometriosis-friendly-employer-scheme>, aufgerufen am 07.06.2023

viii Endometriosis UK (2022): Endometriosis Friendly Employers. Online unter <https://www.endometriosis-uk.org/endometriosis-friendly-employers>, aufgerufen am 07.06.2023

ix Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V. (2022): SEF-zertifizierte Endometriosezentren. Online unter <https://www.endometriose-vereinigung.de/sefzertifizierte-endometriosezentren.html>, zuletzt aufgerufen am 06.08.2023